Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/4043

11. 03. 96

Sachgebiet 611

Beschlußempfehlung und Bericht

des Finanzausschusses (7. Ausschuß)

zu dem Gesetzentwurf des Bundesrates
– Drucksache 13/2835 –

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gewerbesteuergesetzes

A. Problem

Mit dem Gesetzentwurf soll die Gewerbekapitalsteuer in den neuen Bundesländern um ein weiteres Jahr bis zum 31. Dezember 1996 ausgesetzt werden.

B. Lösung

Erledigterklärung des Antrags.

Einstimmigkeit im Ausschuß

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Keine

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Gesetzentwurf des Bundesrates – Drucksache 13/2835 – für erledigt zu erklären.

Bonn, den 28. Februar 1996

Der Finanzausschuß

Carl-Ludwig Thiele	**Wolfgang Ilte**	**Gerhard Schulz (Leipzig)**
Vorsitzender	Berichterstatter	Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Wolfgang Ilte und Gerhard Schulz (Leipzig)

I. Verfahrensablauf

Der Gesetzentwurf wurde in der 71. Sitzung des Deutschen Bundestages am 23. November 1995 dem Finanzausschuß zur federführenden Beratung sowie dem Ausschuß für Wirtschaft zur Mitberatung und dem Haushaltsausschuß zur Stellungnahme gemäß § 96 GO-BT überwiesen. Der Ausschuß für Wirtschaft hat die Vorlage am 22. November 1995 behandelt, der Finanzausschuß hat sie am 28. Februar 1996 beraten.

II. Inhalt der Vorlage

Durch den Gesetzentwurf soll die Gewerbekapitalsteuer in den neuen Bundesländern ein weiteres Jahr bis Ende 1996 ausgesetzt werden.

Zur Begründung wird ausgeführt, die Erhebung der Gewerbekapitalsteuer gefährde den wirtschaftlichen Aufschwung, dies insbesondere angesichts der im Beitrittsgebiet besonders niedrigen Eigenkapitalausstattung der Gewerbebetriebe. Außerdem sei die für die neuen Länder erforderliche aufwendige Ermittlung der Grunddaten für die Gewerbekapitalsteuer kurzfristig nicht möglich.

III. Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses

Der Ausschuß für Wirtschaft hat mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe der PDS die Ablehnung des Gesetzentwurfs empfohlen. Der Haushaltsausschuß hat keine Stellungnahme gemäß § 96 GO-BT abgegeben, da die Vorlage bereits erledigt war.

IV. Ausschußempfehlung

Der federführende Finanzausschuß hat den Gesetzentwurf einstimmig für erledigt erklärt, da die Aussetzung der Gewerbekapitalsteuer in den neuen Bundesländern um ein weiteres Jahr bis zum 31. Dezember 1996 bereits im Rahmen des Jahressteuer-Ergänzungsgesetzes 1996 beschlossen wurde.

Bonn, den 28. Februar 1996

Wolfgang Ilte
Berichterstatter

Gerhard Schulz (Leipzig)
Berichterstatter

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 53113 Bonn
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon: 02 28/3 82 08 40, Telefax: 02 28/3 82 08 44
ISSN 0722-8333